

Abonnementpreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 Sgr., für die übrigen
deutschen Staaten 16 Sgr.
pro Quartal.
Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Buchhändlern auf den 1. u.
15. Monat u. auf den 3. Mo-
nat besonders angenommen,
im Sp. Buchen u. Origil.
Buchhändler auch auf
den 1. Monat à 5 Sgr.
angewiesen.

Der Volksstaat

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 94.

Sonntag, 5. Oktober.

1873.

Schwindel und Staatshilfe.

Die Leser des „Volksstaat“ werden sich des famosen österrei-
chisch-belgischen Schwindlers Langrand erinnern, der vor einigen
Jahren die unheilige, heidnische und jüdische Spekulation zu „Chri-
stianisten“ suchte, und dessen christlich-religiöser Schwindel schließlich
so unversämmt wurde, daß die Gerichte einschreiten mußten. Ein
Abbild dieses Langrand treibt es zwar „Nichter“, aber nicht für
die „Gottesfurcht und frommen Sitte“ sein Wesen; das Publikum im
Namen der Religion plündernd, die Beute schneiderei en gros unter
dem Deckmantel des Christentums und der Philanthropie prakti-
zierend — kurz, ein richtiger Langrand, nur aus dem Katholischen
in's Protestantische überseht. Aber die protestantische Copie ist
glücklicher als das katholische Original. Gegen den neuen Lan-
grand ist noch kein Bericht eingeschritten und wird auch keine
einschreiten — in Berlin gibt es zwar „Nichter“, aber nicht für
die Strouberge der verschiedenen Confectionen. Einschritten ist
allerdings worden, und zwar „von Oben her“, von Staatswegen,
aber nicht um den Betrüger in's Zuchthaus zu bringen, sondern
— um ihm die Fortsetzung seiner frommen Beute schneiderei
zu ermöglichen! Der Betreffende ist nämlich von den
modischen „Kraach“ nicht verschont geblieben; die christliche „Blase“
war schon mehrmals auf dem Punkte, zu platzen, und nur durch
die „Staatshilfe“ des christlichen Staats konnte die Katastrophe
abgewendet werden. Doch betrachten wir uns den Mann etwas
näher.

Vor einigen Wochen, als ihm die erste „Staatshilfe“ zu Theil
ward, widmete die „Frankfurter Zeitung“ dem Hrn. Quistorp
— so nennt sich der bibelste Schwindelpatron — folgenden Sted-
brief:

„(Ein neuer Langrand). Es ist eine unangenehme Pflicht
für den Publizisten, in dieser Zeit des allgemeinen Mißtrauens
und der Entwerthung noch Steine auf einzelne Anstalten oder
Personen werfen zu müssen. Unsere Leser werden uns jedoch das
Zeugnis nicht versagen können, daß wir in dieser Beziehung das
richtige Maß eingehalten haben. Wir haben lange und oft genug
und zu rechter Zeit vor der nun seit Monaten wüthenden Börsen-
krisis gewarnt. Wir haben dagegen, seitdem die Krisis eingetreten
ist, nichts unterlassen, um die Kapitalisten aufzuklären und zu be-
rathigen, da wo wir es mit gutem Gewissen thun konnten. Wenn
wir uns heute gezwungen sehen, auch in ungünstiger Zeit einmal
von dem Rechte der Kritik ausgiebigen Gebrauch zu machen, so
geschiedt das nur in der Ueberzeugung, daß eine wirkliche Bese-
rung der jetzigen Verhältnisse erst dann eintreten kann, wenn das
Publikum gelernt haben wird, strenge zu scheiden, das was in sich
gesund und lebensfähig, von dem was faul und schwindelhaft ist.
Sind es ja doch die leichtfertig angelegten und noch leichtfertiger
verwalteten Anstalten, welche durch ihre fortwährenden Geldver-
legenheiten bisher einer Wiederherstellung des tief gesunkenen Ver-
trauens im Wege standen, wozu sonst alle Vorbedingungen vor-
handen sind. Zu den zweifelhaftesten Gesellschaften dieser Art
gehört der Quistorp'sche Centralbauverein in Berlin, dessen Rech-
nungsklausur vor einigen Tagen veröffentlicht worden ist. Die
Berliner Blätter haben dieses Aktenschild meist stillschweigend mit-
getheilt, oder sie haben es sogar noch mit einigen beruhigenden
Phrasen beglückt. Einen richtigeren Blick hat die Berliner Börse
gezeigt, indem die Aktien seit dem Erscheinen des Berichts vom
19. Juli bis zum 27. Juli von 107 $\frac{1}{2}$ auf 59 heruntergingen, ein
Beweis wie gering (?) der Einfluß der Presse ist, wenn die-
selbe nicht nach allen Seiten hin ihre volle Schuldigkeit thut.
Herr Quistorp selbst hat eine weniger günstige Meinung von sei-
nem Centralbauverein als die Berliner Blätter an den Tag ge-
legt. Er hielt es wenigstens für angezeigt, mit einem Rechtferti-
gungsversuch seiner Geschäftsleitung vor das Publikum zu treten.
Derselbe ist in einem „An unsere Herren Aktionäre“ gerichteten
Circular veröffentlicht worden. Das Circular erinnert lebhaft an
die in ähnlicher Lage veröffentlichten Schriftstücke Langrand-
Dumoucau's, für deren Anfertigung er bekanntlich einem „Professor“
Hunderttausend Franken jährlich bezahlte. Herr Quistorp erklärt,
daß der Centralbauverein eine „Culturaufgabe“ zu lösen über-
nehmen habe, welche darin besteht, eine Wohnungsreform auf
Grundlage der Einzelwohnung anzubahnen. Auch Herr Langrand
hatte beständig Culturaufgaben zu lösen; es ist bekannt, mit wel-
chem Erfolg er dies gethan hat. Der deutsche Centralbauverein
des Herrn Quistorp hatte ursprünglich als Genossenschaft nach
Art der englischen Benefit building societies seine Thätigkeit be-
gonnen. Bald wurde jedoch dieses System verlassen und der
Verein in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapitale von 1,200,000
Thaler umgewandelt. Mit diesem mäßigen Kapitale bildete Herr
Quistorp der Gesellschaft im Laufe eines einzigen Jahres Lasten
auf, zu deren gänzlicher Durchführung kaum das zehnfache Kapital
ausgereicht haben würde. Er erwarb zu „civilen Preisen“ eine
große Menge von Baugrund in und um Berlin, in Magdeburg,
Glab Eimen und Thale, ein halb Duzend Ziegeleien, ferner Ofen-
fabriken, Kalkbrennereien, Stud- und Cementfabriken, errichtete
eine Verkaufstorei in Wolgast und legte eine Gasfabrik für die
Stadt Wolgast an. Alle diese Unternehmungen, welche zum Theil
ohne jeden inneren Zusammenhang sind, wurden innerhalb Jahres-
frist unternommen. Nach der Bilanz vom 15. Juli hatte die Ge-
sellschaft für ca. 4,000,000 Thlr. Grundstücke, industrielle Unter-
nehmungen, angefangene Bauten, alles mit einem Aktienkapitale
von 1,200,000 Thlr., welches das einzige unkündbare Passivum
der Bilanz ist. Den Rest des erforderlichen Kapitals schuldet die
Gesellschaft an verschiedene Gläubiger. Eine Million Thaler
Hypotheken, welche auf den einzelnen erworbenen Immobilien
lasten, sind in der Bilanz dadurch verhüllt, daß sie nicht in dem

Passivum figuriren, sondern unter den Aktiven von dem Werthe
eines jeden Objekts abgezogen sind. 600,000 Thlr. Hypotheken-
pandbriefe, gegen welche ebensoviele Hypotheken als Unterpfand im
Portefeuille sind, bringen wir als durchlaufende Posten nicht in
Anschlag, obwohl auch diese Angelegenheit nicht völlig klargestellt
ist. Den Rest von ca. 1,800,000 Thlr. schuldet der Bauverein
einfach gegen Accepte oder in Contocorrent meist an die verschie-
denen anderen Quistorp'schen Anstalten. Wir haben nicht noth-
wendig, auf den Werth oder Unwerth der einzelnen Aktivposten
einzugehen. Wir halten uns an die Thatsache, daß die Aktien-
gesellschaft allen Grundstücken kaufmännischer Verwaltung Hohn
gesprochen hat, indem sie den 3-fachen Betrag des Aktienkapitals
auf lange Jahre hinaus festgelegt hat und den Mehrbetrag in
laufender Rechnung schuldet. Man führt zwar zur Rechtfertigung
dieses beispiellosen Schwindels an, daß die Hauptgläubiger Herr
Quistorp selbst oder seine anderen Institute seien, und daß die-
selben dem Centralbauverein die Gelder sobald nicht kündigen
würden. Lucullus speist bei Lucullus, Herr Quistorp borgt bei
Herrn Quistorp, und bedankt sich in seinem Circular selbst für die
Hilfe, welche er seinem eigenen Bauverein geleistet hat. Die
Sache hätte somit auch ihre sonstige Seite, wenn wir nicht gleich-
zeitig erfahren würden, daß die preussische Bank oder die
Seehandlung demselben Herrn Quistorp soeben eine
Million Thaler vorgeschossen hat, jedoch erst, nachdem der
neue Langrand mit der Einstellung aller seiner Bauten gedroht
hatte. Herr Quistorp hat bekanntlich außer dem Centralbauverein
noch viele andere Unternehmungen, unter denen gar manches für
ein Jahrzehnt als Zukunftsmodell zu betrachten ist, wie z. B. das
Frankfurter Westend. Den kolossalen Verbindlichkeiten gegenüber,
welche dieser Mann sich aufgeladen hat, „um eine Culturfrage zu
lösen“, dürfte die Million der preussischen Bank wirken, wie ein
Tropfen auf einen heißen Stein. Als Curiosum erwähnen wir
zum Schluß noch, daß dieses Muster einer Bilanz, welche der
Centralbauverein erstattet hat, damit abschließt, den Aktionären
19 pCt. Dividende, dem Vorstande 50,400 Thlr. Tantiemen zu-
zuweisen. — Alles mit einem baaren Kasseebestande von 2189
Thlr. 8 Sgr. 4 Pfg. Das ist das ganze flüssige Vermögen des
Centralbauvereins. Wir dürfen wohl nach dieser Darlegung die
Frage aufwerfen: Welches Urtheil würde eine Jury von Kauf-
leuten über die Verwaltung des Centralbauvereins auf Grundlage
der Bilanz des ersten Geschäftsjahres fällen? Die Antwort möge
sich jeder Leser selbst geben. Der Ausgang, welchen diese scanda-
löse Wirtschaft trotz aller Reklame und künstlichen Manipulationen
nehmen wird und muß, ist für jeden halbwegs Unbefangenen
zweifellos. Das Publikum möge auf seiner Hut sein.“

Obiger Stedbrief wurde kurz nach dem Wiener „Kraach“ ge-
schrieben. Seitdem ist der amerikanische „Kraach“ gekommen
und mit ihm für Ehren-Quistorp neue Schwulitäten, neue —
Staatshilfe. Natürlich, wozu haben wir denn eine „Regierung
der ehrlichen Leute“?

„Aus Berlin wird uns bestätigt,“ schreibt die „Frankfurter
Zeitung“ unterm 27. September, „daß die preussische Bank und
die Seehandlung, in der Ueberzeugung, daß sie bei einer Rückfor-
derung ihrer Guthaben doch momentan nichts erhalten würden, in
eine Prolongation und sogar noch Ausdehnung ihrer Dar-
lehen gewilligt haben. Die Berliner Blätter behandeln die
ganze Angelegenheit immer noch mit Sammtpfoten. Der „Börsen-
courier“ spricht von einer „Intervention von dritter Seite“. Daß
Herr Quistorp sich hoher Protektionen erfreut, ist längst bekannt.
Schon bei dem ersten ihm bewilligten Vorkaufe hat eine in Char-
lottenburg wohnhafte hochgestellte Dame intervenirt. Um einer
Erneuerung des Quistorp'schen „Kraach“ möglichst vorzubeugen,
hat die preussische Bank sich von jetzt an eine Controle der Quis-
torp'schen Anstalten vorbehalten. Es ist ein Mitglied des Haupt-
bankdirektoriums dazu designirt, darüber zu wachen, daß keine
neuen Engagements eingegangen und die vorhandenen Aktiva nach
Thunlichkeit, indeß ohne Beeinträchtigung des Geschäfts, realisiert
werden. Gleichzeitig wird uns geschrieben, daß die preussische Bank
auf alle Quistorp'schen Realitäten hypothetarische Eintragungen hat
bewerkstelligen lassen. Als eine dieser Eintragungen im Betrage
von 700,000 Thlr. bei der Hypothekenbehörde angemeldet werden
sollte, traf es sich gerade, daß ein früherer Theilhaber des West-
end's, Herr W., eine Stunde vorher 300,000 Thlr. angemeldet
hatte. Eine Realisation der Quistorp'schen Realitäten und bau-
lichen Unternehmungen dürfte nur mit kolossalen Verlusten und
nach einer langen Reihe von Jahren bewerkstelligt werden können.
Bis dahin würden die enormen Zinsen, welche alljährlich zu ent-
richten sind, in keinem Falle zu erschwingen sein. Unbegreiflich ist
es uns, wie heute noch Berliner Blätter diesen Schwindel indirekt
in Schutz nehmen können, indem sie zur Entschuldigung anführen,
Herr Quistorp habe keine persönlichen (?) Grundvertheile erzielt.“

Bis auf den heutigen Tag hat die „Norddeutsche Allgemeine
Zeitung“ — ein anderes preussisches Regierungsblatt liegt uns nicht
vor — kein Wort gegen den Schwindler Quistorp gebracht, über
dessen „persönliche Grundvertheile“ wir beiläufig nur so viel
wissen: daß er „persönlich“ bloß ein paar Millionen Thaler zu-
sammengeschwindelt hat — zu wessen „Vorthail“, das wissen wir
freilich nicht juristisch genau zu sagen. Jedenfalls nicht zu dem
der von ihm geplündert.“

Wie wird diese Quistorperei enden? Halten läßt sich das
Schwindelgeschäft nicht auf die Dauer. Man wird Hrn. Quistorp
also vermittelt eines finanziellen Fallschirms à la Strouberge
vom dem jähen Sturz zu bewahren suchen und dem verdienstreichen
Märtyrer seines christlichen Propaganda-Eifers für ein warmes
Nest sorgen. Die „in Charlottenburg wohnende hochgestellte Dame“
— Niemand Geringeres als Ihre Majestät die Königin-Mu-
ter von Preußen — wird ihren edlen Schützling nicht im Stich

lassen, und die preussische Bank und die Seehandlung werden
über Nacht keine sozialistischen Tugend-Anwandlungen bekommen.

„Staatshilfe“ in Gestalt von Zuchthaus für die kleinen
Spitzbuben! Staatshilfe in Gestalt von Millionen blanker Thaler
für die großen Spitzbuben! Das ist Lösung und Moral des
heutigen Klassenstaats.

Ueber die Kongresse zu Genf.

Von Johann Philipp Becker.

Die Bourgeoispressen hat in den letzten Wochen wieder
und zwar diesmal im Gegensatz zu früherem Angstgeschrei,
vielen schadenfrohen Lärm gemacht, aber wie gewöhnlich Wir-
kungen mit Ursachen und umgekehrt in erquicklicher Selbst-
täuschung verwechsend, nicht halbwegs ein richtiges Verständ-
niß über die allgemeine sozialdemokratische Arbeiterbewegung
und der sich daraus entwickelnden Organe und Faktoren an den
Tag gelegt. Sah früher das böse Gewissen der Unterdrückten und
Ausbeuteten, unter Wehgeheul und Zähnelappern, in der Inter-
nationalen Arbeiterassoziation ein entsetzliches Weltungeheuer er-
standen, so glaubt es jetzt in weiterer Phantasiegeburt mit der
froschen Vorkraft des Hinstrebens derselben beruhigt zur alten
Tagesordnung übergehen zu können. Ja, die Internationale ist
todi, ganz todi, ging der Jubelruf durch alle „wohlunterrichteten“
Blätter. Es ist aber nur todi, was nie oder doch nur in ge-
wissensbangen Hirnbehältern gelebt hat, und war wohl das frühere
Angstgeheul begründeter als das jetzige Freudengeheul. Die Inter-
nationale Arbeiterassoziation, die nicht die sozialdemokratische Be-
wegung erzeugt hat, sondern umgekehrt aus dieser hervorgegangen
ist, wird so lange eben leben, als diese lebt, deren Ausfluß, Lebens-
form und Verfassungsgewand sie abgiebt, und die sozialdemokra-
tische Arbeiterbewegung wird leben, so lange Unterdrückte und
Ausbeutete, Ausbeuteten und Ausbeutete, Fürsten, Pfaffen und
Klassenherren existiren, die Gleichberechtigung im Lebensgenusse
— Gerechtigkeit für Alle — nicht Geltung erlangt hat. Dieses
Streben ist nicht neu; die Kulturgeschichte hat, wenn auch wen-
ger klar und noch weniger allgemein bewußt wie jetzt, nie ein an-
deres gehabt. Natürlicher Weise hat nur die unterdrückte Klasse,
die allein ein Interesse an solcher Umgestaltung hat, die geschicht-
liche Initiative und sind, weil die Kapitalherrschaft international,
Unterdrückung und Ausbeutung in allen Kulturländern die gleichen,
auch allezeit international ihre Bestrebungen, sind Menschlichkeit
und Menschlichkeit ihre sittlichen Lebensbedingungen. Nun ist
aber die Sozialdemokratie noch im Jugendalter, hat noch manche
Entwicklungsphase zu durchschreiten, noch manchmal, gereifterer
Kraft und erstärkterem Bewußtseins gemäß, ihr Kleid zu wech-
seln, nach Schmach und Bedürfnis ihre Organisation einzurichten
und Verfassung zu formen. Selbstverständlich ist es dabei, daß
die jugendliche Bewegung, die in religiöser, politischer und sozialer
Beziehung mit der herkömmlichen Geschichte im Gegensatz steht,
auch von den überlieferten Mängeln, Vorurtheilen, Nationalabern-
heiten, Rassenabneigungen, Ueberweltlichkeiten u. s. w. des zeit-
weiligen Geschlechts nicht ganz frei sein kann, sondern noch viele,
bei ihrem Entwicklungsstadium auszumergenden Gegensätze in eigen-
nen Schooße birgt. Sie muß eben ihre Schule und ihre Schullehrin,
ihre Erziehungsanstalt und ihr Zögling, wie ihre Leistung ein
kollektives und Gemeintum Aller sein. Da ja alle Kultur-
erregenschaften das Ergebnis intellektueller und materieller Arbeit
aller Zeiten und aller Orte sind, jeder weitere Fortschritt auf der
schon erworbenen Wissenschaft und dem schon geschaffenen Real-
wesen beruht, wozu jeder in den Entwicklungskreis gezogene Mensch
nach seiner stets der Gemeinschaft schuldbigen Kraft und Fähigkeit
seinen kleineren oder größeren Bruchtheil beigetragen hat und fort-
während beiträgt, so kann auch der genialste Kopf und die ge-
schickteste Hand, mögen sie auch sonst viel Anerkennung verdienen,
keine bevorrechteten Privatansprüche geltend machen. Auch die dem
geschichtlichen Entwicklungsprozess zur Grundlage und Richtschnur
dienenden Prinzipien können nicht erfunden, sondern, weil im
Wesen der Sache schon vorhanden und damit innig verwebt, nur
entdeckt, aber allerdings und immer präziser und allgemeiner-
verständlich formulirt werden. Sagt man z. B. „Lassalle'sche Grund-
sätze“, so können nicht die sachgemäßen, urwüchsigen kultur-histo-
risch wirkenden, sondern nur die sachwidrigen, überlebten Behält-
nissen angepaßten, zur Fanatisierung und Sektirerei geeigneten, mehr
oder weniger willkürlich erfundenen und privatisirten gemeint sein,
und wäre es gegebenen Falls sehr erlaubt zu sagen: Die Grundsätze,
die richtig sind, gehören nicht dem Lassalle, und die dem Lassalle gehören,
sind nicht richtig. Ebenso verhält es sich mit Schulte-Delitz'schen,
Proudhon'schen, Fourier'schen, Mill'schen, Marx'schen u. s. w.
„Grundsätzen“. Marx hat überhaupt nie, wie wohl selten ein
selbständiger Denker und Forscher, die Präntension geäußert, Grund-
sätze erfunden, sondern sie bloß entdeckt, d. h. ihr Vorhandensein
in sozial-ökonomischen Entwicklungsprozess wissenschaftlich nach-
gewiesen zu haben. Aber wie verkehrt behandelt die Presse der
herrschenden, ökonomisch befriedigten Klasse alle die hier oben an-
gebeuteten Standpunkte in Beurtheilung der großen, immer allge-
meiner werdenden Zeitbewegung und namentlich der Vorkommnisse
auf den Kongressen zu Genf! Die liberale Presse raisonnirt aber
zuweilen als wäre noch die Zeit, wo die Kultur noch in theokra-
tischen Hosen und im theologischen Mantel saß, wo der „heilige
Geist“ nur von oben herunter kam, jeder gute Gedanke als
Gnadengabe einer mystischen Vorsehung galt und die Religions-
partei-Benennungen: Christen, Mohamedaner, Lutheraner, Calvi-
nisten und überhaupt nach Personen benannte Sekten ganz in der
Ordnung waren. Wie muß es nun aber über alles Maß be-

lehrend, h. empörend sein, wenn der geistreiche Berichterstatter des „Journal des Débats“ über die diesigen Kongresse den von Bakunin erfundenen Kollektivismus dem von Marx repräsentierten Kommunismus gegenüberstellt und dann sagt: Marx ist der wahre Vater der kommunistischen Lehre, welche man Lassalleanismus nennt. (Marx est le véritable père de la doctrine communiste qu'on appelle Lassalleisme.) Was will man aber sagen, wenn sogar im sozialdemokratischen Lager die Mitglieder eines großen Vereins sich theils aus fanatischem Stolz und Erkenntnismangel, theils aus eigennützigem Schmeichelei selbst Lassalleaner nennen und den Selbstenstempel aufdrücken? Darin liegt wohl die unbarmherzigste Kritik gegen die nun bald völlig in eine Dogmenjude eingeschränkte Wirksamkeit Lassalle's? Daß die Bourgeoispreffe die Anhänger der aus thatsächlichem, wissenschaftlich gepflegten Boden frei herausgewachsenen internationalen Sozialdemokratie „Marxisten“ betitelt, ist, soweit es nicht durch Erkenntnislosigkeit geschieht, eine beleidigende Abgeschmacktheit und zwar um so mehr, als dies in Gegenüberstellung der wahrhaftigen Seite der „Bakunisten“ gethan wird; die dagegen ihre, mit Verpötlung und Verhöhnung durchwirkte Benennung, als wohlverdiente Strafe trägt. Piest man nun gar die Kongressberichte des großen, weit verbreiteten und mit stilllichem Ernst stets so rührend affektirenden „Journal de Genève“, so ist man versucht zu glauben, man habe es darin wirklich mit einer systematischen Begriffsverwirrung zu thun. Nicht nur brachte das stolze, auf seine publizistische Ehre und Würde so eiferfüchtige Blatt auszugeweise das Konfusenste, was es über den Gegenstand in französischen Zeitungen ausfindig zu machen im Stande war, sondern auch noch aus dem „Landboten“ von Winterthur die von einem unserer Parteigenossen verfaßte scharfe Kritik über die SeceSSIONisten und deren Kongress, um — man höre und staune — der übrigen Welt zu zeigen, wie man in der Schweiz so treffend das Treiben der gesammten Internationalen Arbeiterassoziation beurtheile und verurtheile. „Umgekehrt heißt auch gefahren!“ — Nun kommen wir auf die beiden Kongresse, wovon der der Sonderländer nicht als solcher der Internationalen Arbeiterassoziation, sondern als „Kongress der Internationale“ durch Maueranschlag angekündigt war. Derselbe hatte 25 Delegirte vereinigt, worunter 6 Franzosen und 1 Russe, alle in Genf wohnend (von diesen 7 vertraten 4 die hiesigen aus 15 Mitgliedern bestehende „Section de la propagande socialiste et révolutionnaire“ und die übrigen 3 Frankreich), 6 von der Juraföderation (etwa 150 Mitglieder zählend), 3 Italiener (viele Sektionen, die aber nur 300 Mitglieder vorstellten), 5 Spanier, 1 Belgier, 1 Holländer (letzterer mit dem Auftrag, auch den nachfolgenden Kongress zu besuchen und nach beiden Seiten hin versöhnend zu wirken) und 2 nur England (Hales und Secarius, letzterer der bekannte deutsche Arbeiter), die beide nach ihren eigenen Aussagen sich von einem neuen, ihnen selbst nicht näher bekannten Verein Mandate zu verschaffen wußten, um im Kongress als Zeitungs-korrespondenten Geschäfte machen zu können. In der ganzen Vertretung befanden sich 7 Handarbeiter (hiesige Arbeiter behaupten sogar nur 4) und also 19, wie sie sich beiseiden selbst nannten, „Gedankenarbeiter“ (travailleurs de la pensée): Ex-professoren, Erziehungs- und sonstige Schreiber und 1 Student. Bakunin hatte sich wohlweislich ferngehalten. Die Verhandlungen wurden französisch geführt, spanisch und italienisch nur wenig, deutsch und englisch gar nicht, aber im Ganzen sehr viel gesprochen. Die Phrase von der sozialen Revolution mit den Schlagwörtern: „Anarchie“, „Staats- und Autoritätslosigkeit“, „Enthalten der Politik“, „am Gebäude der alten Welt keinen Stein auf dem andern lassen“, spielte die Hauptrolle, ohne jedoch der Organisationsbedingungen zu einer so radikalen Umgestaltung zu gedenken. Die Theilnahme des Publikums war sehr gering und namentlich die der Arbeiterbevölkerung ganz null; aber immerhin sorgten sozialistische Dilettanten, wozu die neueste französische Emigration ein ziemliches Kontingent liefert, und von Zürich gekommene russische Studentinnen für gehörige Claque. Aftersrevolutionäre Klubredner hat damit süße Genugthuung gefunden. Wer die soeben erschiene Schrift: „Die Allianz der sozialistischen Demokratie und die Internationale Arbeiterassoziation“ (Hamburg, Otto Meißner) gelesen, kann sich wenigstens eine annähernde Vorstellung machen, wie hier im Saale der Bierwirtschaft Schief der heilige Geist der Anarchie die Köpfe der Welterlöser aufschwärmte und aller Menschheit offenbarte: wie logischer Weise die Anarchie keine Organisation und die Organisation keine Anarchie bedeuten könne, wie ohne Organisation die strammsten Organisationen, die Gewaltstaaten sammt Chassepot und Kugelsprigen, die Kapitalherrschaft sammt Zauberkraft, die hierarchisch disziplinierte Pfaffenmacht sammt Gotteshülfe und glückseligmachender Dummheit, gleich Spreu auseinanderfahren und in lauter Nichts vergehen werden. Ja, ja! hat Gott die Welt aus Nichts geschaffen, so machen jetzt die Bakunisten mit Nichts die Welt zu Nichts! Doch nihil ad rem (das thut nichts zur Sache) und wollen wir sie einstweilen in ihrem Nichts nach Wohlgefallen herumschwärmen lassen und zur Abwechslung zu dem Etwas des VI. Kongresses der Internationalen Arbeiterassoziation im Hotel de Navigation übergehen.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

— Bezüglich der in letzter Nummer von uns besprochenen Konferenz über die ländliche Arbeiterfrage thut ein offizielles Blatt nun doch endlich den Mund auf. Die „Deutsche Reichs-Correspondenz“ schreibt:

„Die erste Hauptgruppe der Fragen, welche der Konferenz unterbreitet wurden, bezog sich auf die Erörterung, ob die Auswanderung ländlicher Arbeiter durch polizeiliche Maßregeln eingeschränkt oder durch sonstige äußere Mittel erschwert werden könne. Die erste der Spezialfragen bezog sich auf die Einleitung einer Rückwanderung ländlicher Arbeiter aus Amerika, und zwar, ob davon ein Erfolg überhaupt zu erwarten ist, eventuell ob zur Vorbereitung dieser Maßregel Ermittlungen über die Lage der von hier ausgewanderten ländlichen Arbeiter in Amerika angestellt werden sollen und auf welchem Wege dies zu geschehen habe. Die zweite Spezialfrage bezog sich auf die Besteuerung der Auswanderer und ob die Wiedereinführung einer solchen Steuer gegenüber den wirtschaftlichen Grundsätzen der neuern Gesetzgebung überhaupt möglich sei zu empfehlen sei. Die dritte Spezialfrage bezog sich auf die Einschränkungen des Concessionwesens der Auswanderungsunternehmer und Agenten, und zwar darauf: ob es rathsam, das ganze Concessionwesen zu beseitigen und an seine Stelle Staatsagenten zu setzen; ob sonstiger Anlaß vorhanden sei, die betreffende Gesetzgebung einer Revision zu unterziehen, ob die Zahl der Auswanderungsagenten mehr wie bisher zu beschränken, ihre Haftbar-

keit namentlich in Bezug auf die Beförderung Militärpflichtiger zu erweitern und die Aufsichtsführung zu verschärfen sei, und ob endlich ein Bedürfnis vorhanden sei, die Strafbestimmung in § 144 des deutschen Strafgesetzbuchs zu verschärfen.“ Die vierte Spezialfrage betraf die Forderung von Nachweisen z. als Bedingung der Auswanderung, z. B. Nachweis darüber, daß er seine Verpflichtungen gegen den Staat, die Familie oder dritte Personen erfüllt habe; ob zum Schutz gegen die Verletzung solcher Pflichten Maßregeln zu ergreifen wären, welche den Auswanderungslustigen zur vorgängigen Anzeige über den Zeitpunkt der beabsichtigten Auswanderung bei der Polizeibehörde seines Wohnorts verpflichtet. Die fünfte Spezialfrage betraf die Controlbehörde in den Hafenplätzen. Sie bezog sich auf die Einrichtungen, welche gegenwärtig bestehen, um das Auswanderungswesen in den Hafenplätzen staatlich zu überwachen, und ob ein Bedürfnis vorliegt, diese Einrichtungen im Interesse des Rechtschutzes zu erweitern.

„Die zweite Hauptgruppe der vorgelegten Fragen bezog sich auf das Rechtsverhältniß zwischen den ländlichen Arbeitgebern und den Arbeitern und auf den Schutz des Arbeitsvertrags gegen widerrechtliche Verletzung. Die Diskussion hierbei drehte sich um die Spezialfrage: ob die zur Gültigkeit des Arbeitsvertrags noch erforderliche schriftliche Form unter entsprechender Aenderung der landrechtlichen Vorschriften aufgegeben werden könne; ob es rathsam sei, den Unterschied zwischen ländlichen und gewerblichen Arbeitern eventuell auch in Beziehung auf die Folgen des Kontraktbruchs und die Regelung der Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu regeln, ob die Lohnbefehlagnahme ganz aufzugeben und diese Angelegenheit unter Aufhebung des Gesetzes vom 24. April 1854 für alle Kategorien von Arbeitern im Wege der Gesetzgebung einheitlich zu regeln sei, und welche Gesichtspunkte die Gesetzgebung hierbei für alle Kategorien von Arbeitern, eventuell in Beziehung auf ländliche Arbeiter, zu befolgen habe.

„Die dritte Hauptgruppe der Fragen betraf die Mittel, welche angewendet werden können, um die Lage und Lebensstellung der ländlichen Arbeiter zu verbessern. Die Spezialfragen erstreckten sich darauf: ob dem Mangel an ländlichen Arbeitern durch die gebotene Möglichkeit der Erwerbung eines eigenen Grundbesitzes entgegen gewirkt werden könne; auf welchem Wege und durch welche Mittel die Staatsregierung hierzu mitwirken könne; ob durch Aenderung unserer Agrargesetzgebung in der Richtung, daß die Begründung eines erbpächterähnlichen Rechtsverhältnisses (erbliche Uebertragung von Grundstücken unter Vorbehalt unablässbarer Reallasten, Dienste z.) anzurathen sei; ob sich eine Revision unserer Gesetzgebung über die Zerstückelung von Grundstücken und die Gründung neuer Aufstellungen empfehle; ob Erleichterungen für die Abzweigung kleinerer Gutsstücke gegenüber dritten Berechtigten über die Grenzen des Gesetzes vom 3. März 1850 hinaus sich empfehlen, und ob es sich rechtfertigen lasse, die Bildung eines freien grundbesitzenden Arbeiterstandes durch Vermittlung staatlicher Geldinstitute zu erleichtern.

„Die vierte Hauptgruppe der Fragen galt der Entgegenwirkung des Umsichgreifens der sozialen Bewegung unter den ländlichen Arbeitern. Es handelte sich darum, ob man sich von einer Vermehrung der Grundbesitzer (allgemein oder vorzugsweise durch Herstellung größerer prästationsfähiger bäuerlicher Wirtschaften) einen Erfolg gegen die soziale Bewegung versprechen könne; ob hinreichender Anlaß vorliege, daß die Landesregierung in Landestheilen mit vorwiegend großem Grundbesitz, namentlich in den Provinzen Preußen, Posen und Pommern, entweder allgemein zur Vermehrung der Grundbesitzer oder zur Begründung nährfähiger bäuerlicher Wirtschaften die Initiative ergreifen und auf welchem Wege, resp. mit welchen Mitteln, die Staatsregierung dies Ziel erreichen könne.

„Die fünfte Hauptgruppe endlich betraf die Beförderung: ob ausreichende Veranlassung vorliege, der Arbeiternoth auf dem Lande in diesem Jahre durch außerordentliche, vorübergehende Maßregeln, etwa durch Einstellung gewisser öffentlicher Bauten oder durch möglichst frühzeitige Beurlaubung der dienstitüenden militärischen Mannschaften, zu Hilfe zu kommen.“

Dazu bemerkt unser Parteiblatt, der „Braunschweiger Volksfreund“:

„Obgleich uns von der „Deutschen Reichs-Correspondenz“ nicht die Resultate der Verathung mitgetheilt werden, zeigen uns doch die in Erwägung gezogenen Mittel, daß die preussische Regierung sich gegenüber der ländlichen sozialen Bewegung mit sehr reaktionären Gedanken trägt. Gleich der erste Punkt, ob durch polizeiliche oder sonstige äußere Mittel der Auswanderung hindernd entgegengetreten werden solle, beweist, daß man daran gedacht hat, die ländliche Bevölkerung wieder mehr oder weniger an die Scholle zu fesseln. Auch die in Betracht gezogene Auswanderungssteuer würde, wenn die Regierung sie einführt, involviren, daß man auf dem Boden, worauf man geboren ist, fest hafete und sich nur durch Entrichtung einer Abgabe loskaufen konnte. Ein gleiche Tendenz würde dem Nachweise, daß man seinen Pflichten gegen den Staat, die Familie und gegen Dritte genügt hat, zu Grunde liegen; denn ein solcher Nachweis schloße die möglichst größte Erschwörung und allerlei Chikanen in sich. Der angebliche Schutz des Arbeitsvertrags läuft auf das Nämliche hinaus, und es ist hierbei vor Allem zu berücksichtigen, daß der Arbeiter, wenn er, vom Hunger getrieben, einen Vertrag abschließt, überhaupt jener Freiheit entbehrt, welche zur Gültigkeit der Kontrakte nothwendig ist. Was aber die zur Sprache gebrachte Verbesserung der Lage des ländlichen Arbeiters anbetrifft, so wäre sie, wenn sie versucht würde, das gerade Gegentheil von Dem, was sie zu sein vorgibt. Eine erbliche Uebertragung von Grundstücken mit unablässbaren Rechten und Diensten würde uns wieder in die Zeit vor dem Jahre 1848 zurückführen und einen neuen Feudalismus begründen. Wenn die preussische Regierung der Auswanderung wirksam entgegenzutreten will, schaffe sie doch das stehende Heer und den lästigen Militärdienst ab und lege das Recht, Krieg und Frieden zu machen, in die Hände der aus gleichem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung!“

So weit der „Volksfreund“. Es versteht sich von selbst, daß die preussische Regierung dies nicht thun kann, ohne sich selbst den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Graf Eulenburg hat zwar gesagt, man müsse dem Volk die Heimath angenehm machen, dann werde es nicht auswandern. Das war aber eine bloße Redefigur. Volk und Regierung sind in Preußen, wie überhaupt im modernen Klassenstaat, Gegensätze. Was der Regierung frommt, ist der Schaden des Volks, und umgekehrt. Die Heimath dem preussischen Volk angenehm machen, heißt, sie der preussischen Regierung und dem was drum und dran hängt unangenehm, ja unerträglich machen. Sind die Herren Eulenburg & Co. ehrlich darauf bedacht, der Auswanderung des Volks

*) § 144 des Reichsstrafgesetzbuchs lautet: Wer es sich zum Gesetze macht, Norddeutsche unter Vorpiegelung falscher Thatfachen oder wissenschaftlich mit unbegründeten Angaben zur Auswanderung zu verleiten, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft.

zu steuern, so haben sie ein sehr leichtes Mittel: sie brauchen nur selber auszuwandern. Dieses einzig wirksame friedliche Mittel zur Befestigung der Massenauwanderung wird aber wohl schwerlich von den H. H. Eulenburg & Co. adoptirt werden.

— Welche sauberen Vögel sich unter der sogenannten „radikalen“ Partei in Frankreich befinden, beweist die Thatfache, daß ein hervorragendes Mitglied derselben den Bonapartisten einen Compromiß öffentlich angetragen hat. Und zwar ist dies Niemand Anders als Herr Edouard Portalis, der Herausgeber des „Avenir national“ (die Zukunft der Nation). Dieses politische Chamäleon, das sich „Republikaner“ nennt und das, wie unser Lesern bekannt, die im „Corsaire“ für die Befestigung der Wiener Weltausstellung durch französische Arbeiter gesammelten Geldsummen nicht herausgeben wollte, hat im „Avenir national“ an den „Prinzen“ Bonaparte einen offenen Brief gerichtet, worin er Bonapartisten offen die Hand geboten wurde. Der „Prinz“ ist darauf eingegangen und hat sich dadurch mit der ganzen Gesellschaft der bonapartistischen Literaten überworfen, die auf's Festigste gegen diese „Allianz“ auftraten, so daß sie sich auch wohl zerschlagen wird. Die „Radikalen“ sagen hinterher, sie hätten Portalis vorher für einen Schuft gehalten. Und doch konnte dieser bloße eine solche Rolle spielen! Unsere deutschen „Demokraten“, die in den französischen „Radikalen“ ihre Gesinnungsgenossen erblicken mögen sich freuen über die schmutzigen Hände, die sie brüderlich geduldet haben!

— Ueber den Stand der Dinge in Süd-Wales lesen wir in einem englischen Blatt: Seit dem Einbringen der Amalgamated Association (vereinigte Assoziation — der Kohlenarbeiter in dem südlichen Theil des Fürstenthums *) sind die Hauptindustriezweige dieses Bezirks tief erschüttert worden. Ungezweigt hinsichtlich der Bewegungen der Arbeiter hat auf Seiten der Meisten einen Mangel an Vertrauen hervorgerufen, und sowohl die Eisen- als die Kohlenindustrie haben die Festigkeit verloren, durch welche sie sich bis zum Jahre 1871 auszeichneten. Die Herren (Maaten — Meister, Arbeitgeber) fürchten einen andern Strike; die Männer (men, Arbeiter) sind von der Unvermeidlichkeit eines solchen überzeugt; die Führer der vereinigten Assoziation unterhalten eine beständige Agitation, warten aber darauf, daß die Herren der Kampf eröffnen. Aus der Vergangenheit eine Lehre ziehend, gehen die Arbeitgeber mit Ueberlegung zu Werk, und suchen ihre Kräfte vollständig zu organisiren. In den früheren Konflikten fehlte es ihnen an Einigkeit; theilweise waren sie in offenem Widerstreit mit einander. In Zukunft wollen sie gemeinschaftlich nach gemeinsamen Plänen ihre Schlachten schlagen. Zu diesem Zweck haben sie die Errichtung einer Arbeitgeber-Union in Angriff genommen, welche „Monmouthshire and South Wales Calleries Association“ heißen soll. Im Laufe dieser (der vorigen. Redakt. d. B.) Woche wurden Privatmeetings abgehalten, in denen Herr Hothersgill, Parlamentsmitglied, den Vorschlag führte; er soll Präsident der Assoziation werden. Man diskutirt den Statutenentwurf. Ungeachtet der strengsten Geheimhaltung ist doch so viel herausgekommen, daß die Assoziation jedes einzelne Mitglied für die demselben aus Konflikten mit Arbeitern erwachsenden Nachteile schadlos zu halten beabsichtigt. Ferner sollen die Mitglieder sich gegenseitig in der Leitung und dem Betrieb der Kohlengruben Bestand leisten; überhaupt soll es Zweck der Assoziation sein, die Interessen der Mitglieder als Geschäftleute und Grubenbesitzer nach allen Richtungen hin zu wahren. Um die Assoziation in Stand zu setzen, ihre Aufgabe zu erfüllen, soll ein Fond von 30,000 Pfd. St. (300,000 Thlr.) gebildet werden. — So weit der Bericht des englischen Blattes, welches kein anderes ist, als das sogenannte „Arbeiterorgan“ Beehive. Selbst Herr Max Hirsch wird uns zugeben müssen, daß ein Vollblut-Bourgeoisblatt in einem redaktionellen Artikel kein Wort in diesem Verichte zu ändern brauchte. — Doch das nur nebenbei. Da die Grubenbesitzer, trotz des Beschlusses der Kohlenarbeitergewerkschaft sich nicht zu unterwerfen, auf ihrer Forderung von Entlassungsscheinen bestehen, so dürfte der Kampf schon in der nächsten Zeit zum Ausbruch kommen — ein Kampf, der bei den gewaltigen Dimensionen, die er annehmen muß, aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Krise in der englischen Gewerkschaftsbewegung führen wird.

*) Wales hat noch den Titel eines Fürstenthums, wie Irland und Schottland den von Königreichen (weilhalb Großbritannien auch „das vereinigte Königreich“ heißt — England, Irland und Schottland.)

— In Braunschweig hat sich herausgestellt, daß jener Müller, den auch der „Volksfreund“ erwähnte und der sich als ein vom heidenmüthigen reichen Vaterland im Stich gelassener Invalide einführt, ein Schwindler ist. Die „patriotischen“ Blätter erheben darüber ein großes Geschrei und hätten alle Ursache, ruhig zu sein. Damit, daß Müller als Schwindler entlarvt ist, ist nicht ein Jota davon widerlegt, was unser Parteigenosse Bracke über den „Vaterlandsbank“ gesagt hat. Das theure Vaterland läßt die Invaliden hungern und damit basta! Man sehe sich die Tagesblätter an, wo barmherzige Pastoren zur Unterstützung hungernder Invaliden fast alltäglich auffordern und man hat Beweise genug dafür. Müller hin, Müller her — seinen Schwindel hat ihm jedenfalls nur der üble „Vaterlandsbank“ ermöglicht. Und daran haben die Sozialdemokraten keinen Theil!

Nochmals die „Colonie Saxonica“.

Ein Brief des „Präsidenten der Colonie Saxonica“, Schneider, an einen Bürger von East Saginaw in Michigan, der soeben die Kunde durch verschiedene Blätter macht, wirft ein so scharfes Schlaglicht auf die Zustände der „paradiesischen“ Colonie, daß wir ihn zum Abdruck zu bringen uns genöthigt fühlen. Schneider schreibt:

Munising, Lake Superior (Oberer See), 15. Juli 1873.
Bei der hier stattgefundenen Neuwahl bin ich zum Präsidenten gewählt, gleichzeitig bevollmächtigt worden, für die Colonie Saxonica einen neuen Anstehungspunkt zu finden. Dank meiner Vorsicht und meinen immerwährenden Abmahnungen ist mit der Munising Iron Company noch kein Contract abgeschlossen worden; wir sind also in der Lage, nach Abrechnung mit der Company abzuziehen. Allerdings hat die Company verstanden, die Colonie mit ihrer nachlässigen Führung so in Schulden zu stürzen, daß diese Abrechnung der Kaffe den Rest nimmt und noch außerdem die Mitglieder mit leerer Tasche abgehen müssen. Der Boden ist hier derartig, daß ihm sich nur mit der ausdauerndsten Aufmerksamkeit etwas abringen ließe, das Klima so angenehm, daß uns am 4. und 5. alles übrige Geplannte total erfroren ist, und schließlich ist die Behandlung der Company eine

so menschenfreundliche, daß wir mehr Sklaven als freie Arbeiter sind. Wir haben z. B. seit unserem Hiersein, Mitte Mai, nicht einen Cent Geld erhalten, obwohl alle Leute fortwährend arbeiten. Ich will Sie mit Aufzählung aller Dinge nicht langweilen. Genug, wir müssen gehen und wollen uns ein anderes Land suchen. Da ich nun erfahre, daß bezüglich der Abgabe von Land schon früher mit Ihnen unterhandelt wurde — ich selbst bin erst aus Ägypten (Africa) der Colonie nachgereist — so erlaube ich mir, nachstehende Fragen an Sie zu richten, um deren schnelle Beantwortung ich jedoch der Dringlichkeit wegen bitten würde, und nach deren Eintreffen ich sofort mit zwei Mitgliebrern zur Einsichtnahme des Landes abreisen würde. Ich nehme an, daß Sie über die Colonie so ziemlich unterrichtet sind, sage jedoch bei, daß wir aus Sachsen allein bei ordentlicher zweiter Ansiedlung noch auf Tausende von Nachzügleru rechnen können; hat doch der Verein selbst noch 800 Mitglieder in Deutschland.

Dr. Schneider,
Präsident der Colonie „Saronia“,
Munising, Schoolcraft Co. Mich.

Dieser „Doktor“ Schneider strebt offenbar trotz seines jämmerlichen Gewinns mit der famosen „Company“ unter einem Hut. Er bestätigt, was der „Volkstaat“ so oft bis ins Detail angeführt hat, daß der Boden in Munising durchaus unergiebig ist, daß das Klima sich dem russischen oder sibirischen nähert und daß die Colonisten von der „Munising Iron Company“ auf das Schmächtigste betrogen und getaschelt sind. Mehr Sklaven, als freie Arbeiter, damit ist unseres Erachtens genug gesagt, um jedem vernünftigen Menschen über die „Colonie Saronia“ die Augen zu öffnen. Nichtsdestoweniger rechnet der „Doktor“ Schneider mit einer Gemüthlichkeit, um welche ihn ein Bismarck beneiden dürfte, noch auf „Tausende von Nachzügleru“, obwohl er weiß, daß diese erst noch — und hoffentlich vergeblich — zu erwartenden Tausende ganz derselben Noth, denselben harten Klima und derselben Sklaverei unabwendbar anheim fallen müssen. Daß, nachdem solche Thatsachen durch den „Präsidenten“ der Colonie selbst an die Öffentlichkeit gekommen sind, der „Verein“ seine 300 Mitglieder in Deutschland behalten wird, wollen wir zu Ehren des gefunden Menschenverstandes nicht annehmen. Die unverschämte Prellerei der Auswanderer durch die „Company“, wie sie dem ersten Zuge widerfahren, wird den etwaigen Nachfolgern nicht erspart bleiben. Der Brief des „Doktor“ Schneider aber giebt uns erneute Veranlassung, die deutschen Arbeiter und namentlich die sächsischen, von denen man Tausende von Nachzügleru erwartet, zu warnen, sich nicht fern von Schwindlern und Betrüglern als Ausbeutungsobjekte benutzen zu lassen.

Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations- Angelegenheiten.

Protokoll betreffend.

Den Vertrauensmännern zur Nachricht, daß in dieser Woche das Protokoll des diesjährigen Parteikongresses zur Versendung gelangt. Das Protokoll ist 6 Bogen stark und kostet per Stück 3 Sgr. Die Zusendung erfolgt franco bei Bestellung von mindestens 5 Exemplaren. Die Vertrauensmänner werden aufgefordert, Bestellungen auf das Protokoll sofort zu machen und den Betrag möglichst gleichzeitig in Briefmarken mit einzusenden.
Hamburg, 3. Oktober 1873.

Der Ausschuss.

J. A.: Parteiführer H. Benncke, kleiner Schäfercamp 34.

Gewerkschaftsgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneider-Verein.

Schemnitz, 1. Okt. Ein Wort über die sogenannte „Interpellation“ der Braunschweiger Mitgliedschaft resp. E. Ludolph's. Es könnte nach dem Artikel der Braunschweiger Mitgliedschaft, resp. E. Ludolph's (siehe Nr. 91 d. „B.“) den Anschein gewinnen, als leiteten den jetzigen Ausschuss womöglich unlaute Motive, die Uebersiedlung der Geschäftsführung nach Braunschweig so lange als irgend möglich zu „verschleppen“, ja noch mehr, dieser Auffassg ist sogar dazu angethan, den jetzigen Ausschuss den Mitgliedschaften gegenüber zu diskreditiren! Deshalb halten wir es für unsere Pflicht, hierüber eine nähere Erklärung abzugeben. Nach dem Datum des Poststempels erhielten wir am 30. August die Bekanntmachung von der Neuwahl des Ausschusses und am 15. September fanden wir dieselbe im „Volkstaat“. Das ist also eine „Verschleppung“ von nicht 4 Wochen, sondern von 15 Tagen! Wie es nun kam, daß der Ausschuss es doch nicht so genau mit der Veröffentlichung genommen hat, als wie er es hätte nehmen sollen — darüber folgendes: Wenn wir genau nach dem Wortlaut des Statuts gehandelt hätten, so wäre die Geschäftsleitung gerade mit Ende des 3. Quartals, d. h. mit Ende September nach Braunschweig übergesiedelt. — Der Braunschweiger Ausschuss noch nicht eingerichtet — und gleich die Abrechnung vor der Thür — dies, glaubten wir, könnte Veranlassung zu verschiedenen Unregelmäßigkeiten geben, und wir glaubten im Interesse des Vereins sowohl als des neuen Ausschusses zu handeln, wenn wir uns dieser Arbeit noch unterzogen, umso mehr, als erst mit Ende dieses Quartals das volle Geschäftsjahr des hiesigen Ausschusses beendigt ist! Es ist dies voriges Jahr so gehandhabt worden, und wir haben dergleichen gethan, aber nicht deshalb, weil es voriges Jahr so Unus war, sondern da uns hierzu dieselben Motive leiteten! — Uns war es voriges Jahr sehr willkommen, daß Freund Reimann (der frühere Geschäftsführer) sich dieser Arbeit noch unterzogen hatte, denn dadurch war es uns möglich geworden, uns näher in der Sache zu orientiren. Wir glauben, dies wird genügen, um in dieser Angelegenheit die nöthige Aufklärung zu verschaffen. Wir können jedoch nicht umhin, dem neuen Ausschuss zu Braunschweig den Rath zu ertheilen, künftighin in derartigen Fällen etwas vorsichtig zu Werke zu gehen, denn durch Uebereilung derartiger Sachen wird größtentheils der Sache mehr geschadet als genügt! Es dürfte sich auch hier der Spruch bewahrheiten: „blinder Eifer schadet nur“.

Auf Wunsch der Leipziger Mitgliedschaft folgt hiermit die Bevollmächtigten-Liste:

Berlin: Aug. Wendt, alte Schönhauserstraße Nr. 11, Einz. Wuladistr. 3 Tr. Bremen: F. Busch, Götzstr. Nr. 11. Braunschweig: E. Schäfer, Marshall Nr. 13. Bayreuth: A. Lauterborn, Nr. 451. Schweizer, Münzgasse 170. Schiffsch. Chemnitz: H. Wed, Bernsdorferstr. 23. III. Frankfurt a. O.: Blaudow, Vorstr. Nr. 3. Leipzig: M. Stumpf, Rulirschhof Nr. 31.

Siegen: S. Wittenberger, Neustadt ltr. D. 201. Stade: Wagner, pr. Adv.: Schneidermeister Bremer, Stockhaus. Würzburg: J. Ledermann, 4. Distr. Keurergasse Nr. 8. Nürnberg, J. Reising, Giesbergstr. 16. IV. Augsburg: A. Bittner, per Adv.: Bernhardt u. Comp., Karlstr. d. 78. Großenhain: A. Kunalb, Marktstraße Nr. 252. I. Bamern: F. Krcjci, Schaafstr. Nr. 9. Gotha: F. Knopf, am Berg Nr. 41. Elberfeld: H. Krellmann, Untergrünenwalderstr. Nr. 24. Bamberg: Kuhl pr. Adv.: Schneider Förstel, Sandbad 1691. Regensburg: M. Erndl, Koppelstr. D. 46. 3. Stod. Pforzheim: Franz Ueber, pr. Adv.: W. Frenvoegel, Marktplaz. Halle a. S. Julius Beyer, II. Sandberg 21, Hof rechts, 1 Tr. Landshut: Johann Huber, per Adv.: B. Enghardt, Schneidermeister, untere Altstadt Nr. 104.

Die Mitgliedschaften Jüritz und Schweinfurt sind bekanntlich eingezogen, sowie auch erst seit kurzer Zeit Pirna, „wegen Mangel an Beteiligung“.

Im Auftrage des Ausschusses.

Mit Gruß und Handschlag
Herm. Wed, Geschäftsführer,
Bernsdorferstraße, 23. III.

Internationale Gewerkschaft der Maler, Lackier und Vergolder.

In Nr. 91 dieses Blattes, welche einzusehen leider erst heute (4 Tage später) ich Gelegenheit habe, findet sich die Urabstimmung über einige Paragraphen des Statuts angeschlossen, die von wesentlichen Einflüssen auf die Entwicklung der Gewerkschaft sein dürften, so daß es nothwendig erscheint, einige Worte darüber zu veröffentlichen. Hoffentlich kommt der damit beabsichtigte gute Rath noch rechtzeitig, um diese ohnehin schwache Gewerkschaft vor Schaden zu bewahren.

So einverstanden man auch, auf allgemeine Erfahrung gestützt, mit der beantragten Aenderung des § 1 sein muß, so sehr die vorgeschlagene Aenderung dringend geboten erscheint, so sehr muß man doch gegen die Aenderung des § 5 und 6 sich erklären. In allen Gewerkschaften besteht diese 13-wöchentliche Probezeit, und noch keine hat Ursache gehabt, diese Bestimmung zu ändern, im Gegentheil, alle sind sehr gut dabei gefahren. Ebenso ist es mit § 6, und wenn bei den meisten anderen Gewerkschaften auch die bezeichnete Frist nicht auf vier, sondern auf sechs Wochen festgesetzt ist, so ist das aber auch die allerhöchste Frist, die überhaupt gesetzt werden darf. Durch eine Aenderung des Statuts in der beantragten Weise, 8 Wochen Probezeit, und das Recht, 8 Wochen mit dem Beitrag zu restituiren, ist jeder Unordnung Thor und Thür geöffnet, und die Existenz der Gewerkschaft geradezu im Frage gestellt, indem thatsächlich dann solche Mitglieder, die in allen Gewerkschaften unter die Rubrik säumige Zahler gehören, groß gezogen, ja sogar prämiirt werden.

Hoffentlich wird die Aenderung dieser beiden §§ 5 und 6, die in ihrer jetzigen Fassung sehr gut sind, abgelehnt.

Ein Gewerkschaftler, der etwas davon zu verstehen glaubt.

Correspondenzen.

Burgstädt, 30. Sept. Der wahrheitsgetreue Bericht im „Volkstaat“ über die Landtagswählerversammlung am 14. September auf Belleune, in welcher Herr Dr. Birnbaum in gerade nicht lobenswürdiger Weise gegen die Arbeiterklasse loszog, scheint einem Correspondenten des national-liberalen „Leipziger Tageblatt“ nicht recht zu behagen, denn er sucht seinen Lesern begreiflich zu machen, daß der Bericht gehässig und verlogen sei, ohne anzugeben, was Unwahres in demselben enthalten ist. Der Schreiber des Tageblattartikels kann sich nicht ärger brandmarken, als wenn er schreibt, der Interpellant und Einsender der Burgstädter Correspondenz sei der Führer der Burgstädter Sozialdemokraten. Fast scheint es, als ob der Tageblattschreiber einen jeden Arbeiter für einen Führer hält, der nicht ruhig mit anhören kann, wenn ein „Gelehrter“ die Mittel und Wege angiebt, wie die Arbeiter noch mehr zu unterdrücken sind. Wäre diese Bezeichnung in der Versammlung geschehen, die amosenden Leipziger würden sicher erfahren haben, wer der Interpellant war, und das „Tageblatt“ hätte seinen Lesern nicht den Bären aufbinden können, Dr. Birnbaum habe dem Führer der Burgstädter Sozialdemokraten gegenübergestanden. Wenn weiter gesagt wird, die Rede des Herrn Professor wäre in ihrer Bedeutung von dem Betreffenden mißverstanden, so kann der Tageblattberichtersteller sich beruhigen und glauben, daß der Arbeiter die gegen ihn geschleuderten Worte sehr wohl versteht.

Daß der Herr Dr. Birnbaum in ruhiger und humaner Weise zu seinen Wählern gesprochen, ist nicht zu leugnen, ist wohl auch nicht anders (?) von einem Professora erwarten; daß er aber in verlegender Weise den Arbeiterstand angriff, und der Regierung den Vorwurf machte, daß sie nicht energig genug gegen die Bewegung unter den Arbeitern vorgeht, diese Worte haben nicht nur unter dem Arbeiterstand angestossen, sondern auch theilweise bei seinen Wählern, und wäre es Ränchem erwünscht, wenn ähnliche Versammlungen öfters wiederkehrten, denn diese sind die beste Agitation für die Sozialdemokratie.

Berlin. Die Fortschrittspartei kann nicht mehr mit solcher Siegesgewißheit auf ihr liebes Berlin blicken. Tropdem die radikalen Elemente theils irreführt und in falsche Bahnen geleitet (z. B. die Radikalfreier, Gewerksvereiner), theils zerplittert, so ist es doch fraglich, ob nicht vielleicht schon diesmal die Kaiserstadt einen Sozialdemokraten in den Reichstag senden wird; wenigstens scheinen die Herren von der Fortschrittspartei große Furcht zu haben, und um gewählt zu werden, machen sie jetzt schon allerlei Kunststücke, um die Berliner Arbeiter auf ihre werthe Persönlichkeit aufmerksam zu machen. Sie selbst, die Herren Dunder, Birchow u. s. sind noch zu stolz dazu; dafür schicken sie eine Reihe von Personen in's Feld, die theilweise ihnen treuergeben, theilweise immer dort sind, wo Gelegenheit vorhanden, sich wichtig zu machen. So erlassen jetzt eine Anzahl von Personen, von denen wir neben unsern alten Freunden Nathan Schlesinger, Max Hirsch noch die Herren Sasse, Schäfer und Belling nennen wollen, in den Zeitungen eine Erklärung, in welcher sie verlangen, daß die zu wählenden Reichs- und Landtagsabgeordneten für folgende Forderungen eintreten:

1. die Ausstaltung der wirtschaftlichen und gewerblichen Vereine mit der civilgerichtlichen Rechtsfähigkeit, unter Stellung liberaler Normativ-Bestimmungen;
die damit verbundene gesetzliche Anerkennung des freien Kassenwesens, der freien, auf der Organisation dieser Vereine beruhenden Schieds- und Einigungsämter, entgegen den behördlichen Zwangskassen und den bürocratischsten Schiedsgerichten;

die Abwehr jeder Beeinträchtigung des Koalitionsrechtes;

2. den kulturstaallich pflichtgemäßen Schutz für Leben und Gesundheit aller Staatsbürger, insbesondere der Kinder, der jugendlichen und weiblichen Arbeiter durch eine energische Fabrik- und Handwerks-Gesetzgebung;
3. die Beseitigung der Ausbeutung der Gesellschaft vermittelst der Privilegien einzelner Gesellschaftsklassen, also des Papiergeld-Monopols der Privatbanken, des Bau- und Verwaltungs-Monopols der Privat-Eisenbahn-Gesellschaften;

die Beseitigung der Zuchtansarbeit, insoweit sie der freien Arbeit schädigende Konkurrenz macht, und die Regelung des Lieferungsverkehrs im Interesse der freien Arbeit und der Gesamt-Industrie;

die Ersetzung der unter allen Umständen ungerechten Verbrauchssteuern durch die progressive Einkommensteuer; und endlich, was zu dem Allen die Unterlage bildet:

4. die Ermöglichung einer humanen und den Staatszwecken entsprechenden Jugendausbildung für Alle durch die von jedem kirchlichen Einfluß zu befreiende, unentgeltliche, in ihren Zielen wesentlich zu hebende Volksschule, sowie durch die mit derselben organisch zu verbindende Fortbildungsschule.

Mit Stolz und Hohn können wir auf diesen Wunschzettel blicken; wie jener Chasif können wir ausrufen: was davon gut ist, steht in unserm Programm, was nicht darin steht und im Berliner Wunschzettel enthalten, ist überflüssig oder taugt nichts.

Wie radikal hört sich Punkt 3 an: „Die Beseitigung der Ausbeutung der Gesellschaft vermittelst der Privilegien einzelner Gesellschaftsklassen“. Dies scheint ja ein Hauptcoup gegen die Bourgeoisie zu sein; aber so empören sich nicht die betreffenden Unterzeichner gegen ihre Brotgeber, und kleinlaut fahren sie den Inhalt des Satzes 99, Projekt mildernd fort: „also des Papiergeld-Monopols, des Monopols der Privatbahnen.“ Wodurch, hochgelehrte Herren Unterzeichner, z. B. Hr. Hirsch und Ihr neuer Freund Hr. Belling, unterscheidet sich das Privilegium des die Bahn bauenden Stronsberg von dem Privilegium des die Lokomotive bauenden Borsig? In Bezug auf die Arbeiter, die in beiden Unternehmungen angestellt sind, gar nicht, und dieses ist doch sicher die Hauptsache.

Man frage die Herren Unterzeichner, die in Punkt 2 „pflichtmäßigen Schutz für Leben und Gesundheit aller Staatsbürger“ verlangen, ob sie, zur Beseitigung der Tausende himmordenden langen Arbeitszeit, für den Normalarbeitsdag stimmen würden.

In Punkt 4 plaidiren sie für Jugendbildung; jeder Arbeiter weiß, wie solche bei heutigen Verhältnissen möglich ist.

Durch folgende fast spöthaste Sätze wird die Erklärung eingeleitet:

Am 18. September d. J. sind die unterzeichneten Vertrauensmänner einer größeren Anzahl fortschrittlicher Wähler der Hauptstadt zu dem Zweck zusammengetreten, um für die bevorstehenden Wahlen sowohl zum preussischen Landtage, wie zum deutschen Reichstage zu wirken. Darüber, in welchem Sinne und in welcher Weise sie dies zu thun gedenken, wollen sie zunächst sich zu ihren Mitbürgern und Mitwählern aussprechen.

„Wir sind — das sagen wir an erster Stelle, um Mißverständnissen vorzubeugen — durchaus nicht gewillt, eine neue und besondere Partei zu bilden, oder auch nur innerhalb unserer alten, nämlich der Fortschrittspartei, welcher wir seit Jahren Alle thätig angehören, auf eigene Hand zu operiren. Unsere politische Ueberzeugung und Gesinnung hat sich in Nichts geändert.“

Als „Vertrauensmänner“ einer größeren Anzahl von Wählern geriren sich diese Helden! Wir fragen, mit welchem Recht magt sich Hr. Hirsch und sein neuer Freund, Hr. Belling, dieses Prädikat an? Ein Vertrauensmann muß gewählt sein; nirgends aber hat hier eine solche Wahl stattgefunden, und wer Herrn Belling kennt, wird es für eine Unmöglichkeit halten, daß ihn eine solche Wahl treffen könnte. Also magen sich diese Herren unredlichmäßig einen solchen Titel an!

„Wir wollen keine neue Partei bilden u.“, so winseln, gleichsam zur Entschuldigung, diese Pseudo-Vertrauensmänner, „wir bleiben Alle bei der Fortschrittspartei, der wir seit Jahren Alle thätig angehören.“ Dies unterzeichnet auch Herr Schäfer, der Sprecher der freireligiösen Gemeinde. Bis vor kurzer Zeit hat Herr Schäfer der demokratischen Partei angehört und die Fortschrittspartei bekämpft. Sollte Herr Schäfer, seinem ehemaligen Kollegen Herrn Sasse zu Liebe, freiwillig seine Gesinnung geändert haben, oder ist ihm von dem Vorstand seiner Gemeinde der Prokors höher gehängt worden? Sonst stimmt es allerdings; diese Pseudo-Vertrauensmänner mit ihrem neuen Programm gehören der Fortschrittspartei an, die seit 20 Jahren das Boll hänfelt. An der Sache wird dadurch Nichts geändert, daß vielen hervorragenden Mitgliedern dieser Partei, wie Löwe und „unser Hris Hartort“, dieses Programm, besonders § 1, zu radikal ist. Aber dies kennzeichnet ihre Schwäche; in den wichtigsten Punkten verschiedener Meinung, wagen sie doch nicht sich zu trennen, weil sonst nur Atome übrig bleiben würden. Ihr Haß gegen die Sozialdemokratie hält sie wiederum zusammen. Vielleicht sagt diesmal noch die Fortschrittspartei, die Bourgeoispartei in Berlin; in einigen Jahren wird hoffentlich die „Kaiserstadt“ wirklich unser sein.

Seesen, 22. Sept. Am Sonntag, den 21. d., fand in Osterode eine Volkerversammlung statt, an welcher auch E. Wolf aus Braunschweig, sowie mehrere Parteigenossen aus Theil Seesen nahmen. Zu Vorstehenden wurden Klingenberg (aus Osterode) und Hoberud, zum Schriftführer Dehlmann (aus Seesen) gewählt. Ueber den Gegenstand der Tagesordnung: „Die Gewerkschaftsvereine“, referirte E. Wolf in eingehendster Weise. Nachdem derselbe erklärt hatte, es sei nöthig, daß zwischen den Arbeitern ein Meinungsaustausch bezüglich ihrer Lage stattfinde, wies er darauf hin, daß dieselben vereinzelt nicht im Stande seien, für eine Verbesserung ihrer Verhältnisse zu wirken, und daß, da auch die Arbeitgeber sich mehr und mehr vereinigten, um den gerechten Forderungen der Arbeiter einen Damm entgegenzusetzen zu können, und einzelne Arbeiter, welche für die Rechte ihres Standes eintreten, sehr vielen Verfolgungen ausgesetzt seien, ein Zusammengehen aller Arbeiter nothwendig sei. Der Redner zeigte sodann, daß zum Proletariat nicht nur die Handarbeiter, sondern auch der niedere Beamtenstand und viele geistige Arbeiter gehörten, und empfahl dringend die Bildung von Gewerkschaftsvereinen, wobei er klarlegte, welchen Nutzen dieselben auch für die Zukunft haben, und wie auch die Moral durch sie gehoben werde. Der Referent führte ferner aus, wie das Kapital, ohne von der Arbeitskraft befruchtet zu sein, völlig werthlos sei, sprach noch über die Nachtheile der Fabrikantenklassen gegenüber den Genossenschaftsklassen und hob nochmals die Wichtigkeit der Gewerkschaftsvereine hervor. Hierauf setzte Dehlmann auseinander, daß durch den sich mehr und

mehr entwickelten Großbetrieb das gesamte Kapital sich in den Händen Einzelner konzentrierte, daß in Folge dessen der Unterschied zwischen Reich und Arm ein immer größerer werde, und wies auf die enormen Uebelstände hin, welche dadurch in der heutigen Gesellschaft um sich greifen, worauf er der Versammlung folgende Resolution zur Annahme empfahl: „Die heutige Versammlung steht in der Bildung von Gewerkschaften das einzige Mittel, durch welches die schreienden sozialen Mißstände in der heutigen Gesellschaft beseitigt werden können, und durch welches Zustände herbeigeführt werden, unter welchen Jeder, der seine Pflichten erfüllt, auch seines vollen Rechtes theilhaftig wird.“ — Diese Resolution ward einstimmig angenommen und beschlossen, dieselbe im Wochenblatt veröffentlicht zu lassen. Nachdem noch mehrere der Anwesenden, worunter namentlich der Gastwirt Schrader, in gebieterischer Weise ihrer Sympathie für die Arbeiterbewegung Ausdruck verliehen hatten, ergriff Wolf nochmals das Wort und sprach über die häufig sehr gedrückte Lage der Kleinmeister, wobei er darauf hinwies, daß dieselben mehr und mehr zu Lohnarbeitern herabsinken. Die Versammlung, welche in würdevoller Weise verlief und auf alle Anwesenden einen äußerst günstigen Eindruck zu machen schien, schloß mit einem Hoch auf den Vorsitzenden Klingenberg, welcher durch seine anerkannterwürdige Thätigkeit für die Arbeitersache sich mannigfache Maßregelungen zugezogen hatte, und sich deshalb genötigt sieht, Oesterode Lebewohl zu sagen.

Hannover. Seit einem Jahre bildeten sich hier mehrere Gewerkschaftsvereine und erhielt hierdurch die Arbeitersache einen mächtigen Aufschwung; zu vermerken ist aber, daß von Seite des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins die Gewerkschaftsvereine als Agitationsfeld für seine spezifischen Zwecke benutzt werden, wodurch die Gewerkschaften auseinandergerissen werden. Gelingt das Zerstörungswerk nicht, dann ist man infam genug, im „Neuen Sozialdemokrat“ die Fehde gegen dieselben fortzusetzen. Das lehrt der Strife der hiesigen Tischler. Dessen ungeachtet werden die Gewerkschaften florieren, denn die Masse der Arbeiter gelangt weit eher durch Erfahrung als durch Belehrung zu der Einsicht, daß die heutigen ökonomischen Zustände unhaltbar sind, und mehr als andere Organisationen sind die Gewerkschaften die Schule praktischer Thätigkeit.

Gleichzeitig mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein stünden auch die Arbeitgeber auf Mittel und Wege, wie den Gewerkschaften ein Damm entgegenzusetzen werden könne; und da sind sie denn auf den Einfall gekommen, ein Central-Arbeitsnachweisbureau zu gründen. Dasselbe befindet sich Marktstraße No. 59. Der Nachweis ist unentgeltlich. Arbeiter allerorts! Was von einem solchen Unternehmen, ins Leben gerufen von Arbeitgebern, für Euch Sprichwörter zu erwarten ist, das auseinanderzusetzen habe ich wohl nicht nötig. Es wird genügen, wenn ich Euch warne, von dieser Seite auf kein Engagement einzugehen.

Mit Gruß
F. Schaur.

Siegen, 25. Sept. Die Nummer 88 des „Volkstaat“ enthält eine Notiz aus Siegen, auf die ich folgendes erkläre:

1) daß in einer Versammlung der Schuhmacher-Gewerkschaft der Stempel an F. Löber für wenige Kreuzer verkauft, 2) daß das vorhandene Geld unter die Anwesenden verteilt, 3) von den Teilnehmern eine Gesellschaft, „Heiterkeit“ benannt, gegründet wurde, wofür der Stempel verwendet ward. Dies wurde mir als Thatfache von Partei- und Gewerkschaften mitgeteilt. Auf mein Befragen beim jetzigen Bevollmächtigten Simon erhielt ich die bestätigende Antwort, indem er hinzufügte, nicht anwesend gewesen zu sein, sonst hätte er es verhindert. Dem Parteigenossen Z. erklärte Simon im Vorhinein von Parteigenossen E., das Geld sei verbrannt worden. Aus Vorsicht lud ich den Schuhmacher Böhm in die Spies'sche Wirtschaft. Derselbe war in jener Versammlung anwesend und bestätigte Alles, meinent, das Geld sei hier zerstreut, könne daher auch geteilt werden; auch glaubte er nicht, daß die Gesellschaft „H.“ Geld oder Stempel wieder herausgebe.

Dies der Sachverhalt und die (von Simon bestätigte) von mir in die Welt geschleuderte Unwahrheit. Wenn nun gesagt wird, „Alles befindet sich im Besitz der Gewerkschaft“, so hege ich dennoch starken Zweifel, der durch die Notiz noch erhöht wird, deren Schluß lautet, „daß wir die Gelder nicht in dem uns vorgeworfenen Sinne verwendet, ist daraus zu schließen, daß alle benachbarten Strikes von hier aus unterstützt wurden“. Sonderbarer Schluß! Da vor Monaten ein Strike von hier unterstützt wurde, ist es unwahr, daß heute das Geld in dem vorgeworfenen Sinne verwendet d. h. geteilt wurde. Wo aber, wann und wie viel sind der „alle benachbarten Strikes“, die von hier aus unterstützt wurden? Man zähle aber das Wiesbadener Geld nicht mit. Zum Schluß ersuche ich die Interessenten, eine Untersuchungskommission aus Partei- und Gewerkschaften zu wählen, damit ich den Beweis der Wahrheit meiner Mitteilung antreten kann.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Orbig, Vertrauensmann.

Frankfurt a. M., 27. Sept. Abrechnung des hiesigen Steinruder-Strikes. Von den Kollegen Nürnberg gingen ein durch Ch. Meyer 120 fl.; vom Verein für Fortbildung der Buchdrucker und Schriftsetzer Leipzigs 50 Thlr.; vom Sennfelder Verein Hamburgs durch Henk 42 Thlr.; durch F. Duhn 20 Thlr.; von den Kollegen Darmstadt's 7 fl. 30 fr.; von den Kollegen aus Kreis 6 Thlr. 15 Sgr.; von den Kollegen aus Bielefeld 3 Thlr.; von den Kollegen aus Chemnitz 10 Thlr. 10 Sgr.; von den Buchdruckern Frankfurts 50 fl.; von den Buchbindern 4 fl. 21 kr.; Wertpapier-Druckerei Dondorf 15 fl. 12 kr.; vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein 5 fl.; sozialdemokratische Arbeiterpartei 2 fl. 45 kr. Indem wir allen Gebern hiermit danken, bitten wir um Entschuldigung wegen der späten Abrechnung und ersuchen zugleich, den Bezug noch fern zu halten, indem noch 15 Mann ohne Arbeit sind. Mit Gruß
G. Müller, J. Lauth.

Der mitunterzeichnete Müller ist derselbe, der sich gegen unsere Frankfurter Parteigenossen in den maßlosesten Angriffen ergeht. Wenn wir trotzdem die Einwendungen des Herrn Müller aufnahmen, so geschah dies lediglich im Interesse der Streitenden, und aus demselben Grunde veröffentlichen wir auch obige Abrechnung.
D. R. v. S.)

Gamburg. Montag, den 8. September, hatten wir hier eine Volksversammlung, in welcher Herr Walster aus Dresden referierte. Tages-Ordnung war: „Die Arbeiterbewegung und die Reichstagswahlen“. Die Versammlung war sehr gut besucht und wies Redner in einunddreißigstündiger Rede schlagend nach, daß der Arbeiterstand heutzutage gar kein Recht habe gegenüber den anderen Klassen, ja daß man denselben noch auf alle mögliche Art und Weise beschränke und verfolge. Es sei die höchste Zeit, daß sich die Arbeiter vereinigen, um das zu erkämpfen, was man ihnen ungerader Weise verweigere. Sodann ging der Redner auf die Reichstagswahlen über und betonte, daß, wenn wir auch von dem jetzigen Reichstage für das arbeitende Volk nichts Gutes zu

hoffen hätten, wir doch Alles anbieten müßten, bei den nächsten Reichstagswahlen Männer in denselben zu bekommen, die für das gesamte arbeitende Volk etwas Gutes zu schaffen Willens und im Stande wären, und nicht solche, die zu allen Herzenswünschen der Fürsten und Consorten ja sagen. Um nun zu erreichen, daß wir Arbeiter allerorts tüchtige Parteigenossen in den Reichstag bekommen, werden auch wir Hamburger Arbeiter uns rüsten zu der nächsten Wahlkämpfe. Darum auf, organisiert euch!
Der Vertrauensmann: A. Namm.

Genf. Man schreibt uns über die samstags Nachtwächter-Abchieds-Fanfare Bakunin's:

Von einem „Zurückziehen“ aus dem politischen Leben kann bei Hrn. Bakunin nicht die Rede sein. Ebenso gut könnte man von einem Fische, der im Neg zappelt, sagen: er „ziehe sich zurück“. Das Neg, in dem Hr. Bakunin zappelt, ist von trefflichem Stoff und so gut gekochten, daß der gefangene Fisch auch nicht die leiseste Aussicht hat, durchzuschlüpfen und mache der Fisch auch noch so viel faule Fische. Der bärbeißige Mars war seiner Zeit in dem stählernen Neg des Balkan nicht sicherer aufgehoben als der bärbeißige Renommist Bakunin in dem papiernen Neg, das ihm die Kommission des Haager Kongresses über den Kopf geworfen. Und dieses Papierneg wird nimmer zurückgezogen werden, gleich dem Stahlneg, das Mars und die lustige Frau Venus umspann. Es hält seine Beute fest, bis sie sich zu Tode gezappelt hat. Oder will Hr. Bakunin vielleicht die Rechtheit der von der Kommission veröffentlichten Aktenstücke bestreiten? Mit demselben Recht und derselben Aussicht auf Erfolg könnte er bestreiten, daß er Bakunin ist. So gewiß Bakunin existiert, so gewiß sind die betreffenden Aktenstücke von Bakunin, und so gewiß schlagen diese Aktenstücke Bakunin moralisch todt. Oder haben es schon gethan, wie die Todesanzeige beweist, welche er sich eigenhändig in dem reaktionären Genfer Journal geschrieben hat. Denn eine Selbst-Todesanzeige ist es, und weiter nichts.

Warnung
für Solche, die nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika aufzuwandern gedenken.

Da jetzt in den Vereinigten Staaten allenthalben große Arbeitslosigkeit herrscht, und selbst solche Arbeiter, die schon lange in irgend einer Stadt gearbeitet haben, trotz wochenlangen Suchens jetzt massenhaft ohne allen Verdienst sind, das Finden von lohnender Arbeit für die Eingewanderten mithin noch schwieriger ist, so warnen wir alle anwanderungslustigen Arbeiter Europas, ihr Vorhaben so lange aufzuschieben, bis sich hier bessere Aussichten bieten.

Im Auftrage der Sektion III. der Internationalen Arbeiterassoziation von Chicago.

Brüderlichen Gruß und Handschlag
Jac. Binnen, Sekretär.
139 West. Polstr.

Erklärung.

Den Weithainer Parteigenossen hiermit zur Nachricht, daß der Artikel in No. 86 des „Volkstaat“ nicht von mir herrührt. Wilhelm Lehmann hat ohne mein Wissen und Willen Mißbrauch mit meinem Namen getrieben; ich würde längst im „Volkstaat“ geantwortet haben, habe mich aber von anderen Genossen abhalten lassen, indem ich es in Norddorf thun sollte, da aber in der Entgegnung der Weithainer meine Person etwas sehr stark kompromittiert ist, so sehe ich mich gezwungen, dies hiermit öffentlich zu thun. In Norddorf wird sich das Weitere finden.
Nochlig, den 2. Oktober 1873.

Mit sozialdemokratischem Gruß Franz Louis Endtmann.

Berichtigungen.

In der Note über die Haftbriefe unter der „Politischen Uebersicht“ in Nr. 92 muß es heißen: „Bermittelt dieser „Haftbriefe“, die auch Privat in blanco (anstatt: „Schwarz auf Weiß“) zur Verfügung gestellt wurden; — in blanco, d. h. unausgefüllt, mit einer leeren Stelle für den Namen, der hineingesetzt werden soll.“ — In dem Artikel: „Wie ein Graf sich die Arbeiterfrage gelöst denkt“, in derselben Nummer, muß es panem et circenses heißen, was mehrere Male und mehrfach falsch gesetzt ist. — In dem Artikel: „Ein Harmoniepostel in der Klemme“, muß es etwa in der Mitte der ersten Columne (Sp. 2, S. 1) Handwerker (statt Mechaniker) heißen.

Briefkasten

der Redaktion. In in Cassel: Nachdem beide Theile zu Worte gekommen, halten wir die Sache der Öffentlichkeit gegenüber für erledigt. Ernst in Berlin: Wird erledigt. E. R. in Dresden: Wenn Sie wirklich fromm sind, so wenden Sie sich an einen Pfaffen; wir erklären Ihnen nun ein für allemal, daß wir uns nicht weiter einlassen.

der Expedition. Von Geh. u. Wlf. Warshaw: 4. Qu. 16 Gr. Reich. Sypp Hamburg: Ann. 16 Gr. Arb. Part. ebendaf.: Annonce Thlr. 1. 25. Hamb. Altonaer Löpferver.: Ann. 28 Gr. G. Köpfer Kanaustadt: 1 Volkstaat-Ausgaben gratis zurück. F. Wlf. Braunschw.: 3. Qu. Thlr. 25. 20. V. Kästl. Wersche: Ab. u. Schr. Thlr. 3. 29. F. von Schw. Omänd.: 3. Qu. Thlr. 11. 12. 5. D. Stitz Reudnig: 2. Qu. 12 Thlr. D. Bglr. Werdau: 3. Qu. Thlr. 12. 7. A. Thl. Wien: 4. Qu. Thlr. 2. 4. Schr.: 6 Gr. Stig. New-York: 4. Qu. 16 Gr. Sch. Düsseldorf: 4. Qu. 16 Gr. A. Rdtl. Königsberg: 3. u. 4. Qu. Thlr. 4. 16. 6. A. Rdtl. hier: Ann. 15 Gr. A. Wlf. Forst: 3. Qu. Thlr. 5. 18. 7. Schndb. Brundöbra: Schr. 5 Gr. W. St. Kaiserslautern: Schr. Thlr. 5. 21. 4. A. Rgt. Randa: 4. Qu. Thlr. 1. 5. Rdtl. Chemnitz: Ann. 17 Gr. Wble. das.: Ann. 4 Gr. D. Kästl. Coblenz: Ab. Decbr. 25 Gr. W. Bdg. Berlin: Ann. Aug. Thlr. 2. 22. Reich Janowitz: 4. Qu. Thlr. 1. 4. Hoffm. Agram: 4. Qu. Thlr. 1. 4. Dem hier: Schr. 2 Gr. Rudst. Jürich: V. St. Thlr. 6. 26. Schr. Thlr. 1. 12. Hf. Colporteur hier: 3. Qu. Thlr. 4. 28. 5. Ksp. Berlin: 4. Qu. Thlr. 1. 5. A. Rdtl. Reichenberg i. Böhm.: 4. Qu. Thlr. 19. 17. Dr. Billi Wien: 3. u. 4. Qu. 3 Thlr. Wlf. hier: 4. Qu. 16 Gr., Schr. 3 Gr. Thmann. Nochlig: Ihre letzten Ann. können nicht aufgenommen werden; die eine ist schon zweimal inseriert worden, in anderer Fassung unzulässig.

Zum Reichstagswahlfond.

Durch B. Bading gesammelt in einer Berliner Cigarrenfabrik durch Fischer 1 Thlr. 4. 5.

Aufforderung.

Der frühere Vertrauensmann der Partei in Düsseldorf, Hr. C. Reichelt, wird hierdurch aufgefordert, umgehend seine Adresse an die Expedition des „Volkstaat“ einzufenden.
(2a)

Anzeigen zc.

Internationale

Braunschweig
Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Die Versammlungen finden jeden Mittwoch Abend regelmäßig bei Schellbach, alte Knochenhauerstraße 18 statt.

Der Bevollmächtigte:
E. S. Müller, Scharnstraße 22, II.

[S.]

Constanz
Den hiesigen Abonnenten zur Kenntnis, daß der Volkstaatpreis pro Quartal in zwei Raten erhoben wird, und zwar die erste Hälfte beim Beginn des Quartals, die zweite Hälfte bei Beginn des zweiten Monats. Monats-Abonnements sind gleich zu entrichten an Unterzeichneten.
D. Rosenbain.

NB. Bestellungen werden von dem Obigen sowie in der Restauration Röhmer freundlich entgegen genommen.

Leipzig
Verkehrs-Lokal und Arbeits-Nachweis für Sattler und Berufsgenossen
Friedrichstraße 5, bei Halliger. (4cd)

Hamburg
Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Die Versammlung findet erst am Montag, den 13. Okt., Abends 9 Uhr, im großen Saal von Hausl, Schauenburgerstraße 14 statt.

Tagesordnung: Vortrag von Weib über den Reichstag und die nächsten Reichstagswahlen. (2a)

Köln
Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Sonntag, den 12. Oktober, viertes Stiftungsfest, verbunden mit Concert und Festball zum Besten des Krankenunterstützungsbundes. Im Lokale des alten Kubbbergs. — Anfang Abends 8 Uhr. — Entrée 7/2 Sgr.

Die Mitglieder der Partei sowie der Gewerkschaften und Fachvereine erhalten Eintrittskarten zu 5 Sgr. im Vereinslokal, Follerstr. 99-101, Sonnabends von 8 Uhr, sowie Sonntags von 10 Uhr Morgens an. Das Festcomité. (*)

Leipzig
Internationale Gewerkschaft der Maurer u. Zimmerer.

Dienstag, den 7. Oktober, Versammlung bei Zeidler, Windmühlenstraße 7.

Tagesordnung: Der Normalarbeitstag. Ref.: Fink. Bahntisches Erscheinen ist Pflicht.

Leipzig
Wir fordern alle Mitglieder der Internationalen Metallarbeiter-Gewerkschaft auf, Montag bei Arnold pünktlich zu erscheinen, da die Lokalfrage auf der L.-D. steht.

Süddeutscher Arbeitertag in Mainz.

Sonntag, den 12. Oktober, im Saale des Hrn. Garex (Mitternacht): Eröffnung Mittags halb zwei Uhr. — Tagesordnung: 1) Die Reichstagswahl. Referenten: M. Kaiser (Mainz), Erhardt (Rauheim). 2) Die Wahlagitation und deren Organisation zum nächsten Reichstag. Referenten: Lössenberg (Darmstadt), Penndorfer (Mainz). 3) Die „Süddeutsche Volksstimme“. Referenten: Sabor (Frankfurt), Jirfah (Mainz).

Wir erziehen die Parteigenossen Süddeutschlands, sich diesen Tag zu merken. Es hängt von diesem ein großer Theil unserer politischen Existenz in Süddeutschland ab. Wir erwarten daher zahlreiche Beteiligung.

Die Vertrauensmänner von:
Mainz, Darmstadt, Wiesbaden, Frankfurt, Offenbach, Mannheim, Heidelberg, Kaiserslautern, Kreuznach zc. zc.

NB. Wir bitten, dem schon in Händen verschiedener Vertrauensmänner sich befindlichen Circular, welches den Arbeitertag auf den 5. October bestimmte, keine Berücksichtigung zu schenken, da triftige Gründe die Mainzer Mitglieder bewegen, denselben auf den 12. October festzusetzen.
Der Vertrauensmann von Mainz:
[Sb] F. H. Müller.

Wiesbaden
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß alle Montag Abend Versammlung stattfindet im Storcheneß, Kirchgasse. „Volkstaat“ und „Süddeutsche Volksstimme“ liegen aus bei Gastwirt Lang, Bahnhofstraße, und bei Gastwirt Müller, Mauritiusplatz. Bestellungen auf den „Volkstaat“ nimmt entgegen.
Konrad Roth, Marktplatz Nr. 3, Hinterhaus.

Schweizer Kräuter-Blumen-Thee,
aus dem Canton Glarus direkt bezogen, ein erprobtes Mittel gegen Beschleimung, Brustkatarrh zc., wie vorzüglich für Blutreinigung, das Päck 3 Ngr., 4 Stück 10 Ngr. gegen baar, sowie

Schweizer Kräuter-Käse
in Stücken zu 1/2, und 1/4 Pfund. Preis 10 und 7 Ngr. das Stück, gegen baar oder Postvorschuß, empfehle ich allen Parteigenossen zu freudl. Abnahme. Wiederverkäufern Rabatt. Elias Reimensberger, aus Markt im Elsf.

Wir sind gern bereit, zur Unterstützung unserer wegen Verbreitung der Sozialdemokratie im Elsf. gemachten 65jährigen Parteigenossen Bestellungen auf eben genannten Thee und Käse entgegen zu nehmen.
Die Expedition des „Volkstaat“.

Für Parteiblätter!

Ein in Berlin anlässiger Parteigenosse wünscht Parteiblättern gegen billiges Honorar mit Correspondenzen zu dienen. Adressen und C. F. 10 beliebe man der Redaktion des „Volkstaats“ einzufenden.

August Delisch,
Schneider

— in Reudnig, Lankenhweg Nr. 32 —

empfiehlt sich den Parteigenossen und Lesern des „Volkstaat“ zur Anfertigung moderner, geschöner Herrengarderobe unter reellster Bedienung. Stoffe werden nach Musterkarte in schöner Auswahl geliefert.

Gewerkschaftsverwaltungen.

Gewerkschaft der Holzarbeiter:
Vorstand: Th. Hord, Hamburg, Erste Vorlesen Nr. 13, Kassirer S. Somann, Altona, Adolphstr. Nr. 32.

Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer:
Vorstand: Feinr. Rade, Braunschweig, Schützenwiese Nr. 50, Kassirer Wlf. Weikense, Braunschweig, Kupferwiese Nr. 8.

Gewerkschaft der Schneider:
Vorstand: S. Schöffel, Chemnitz, Zimmerstr. 16.

Gewerkschaft der Schuhmacher:
Vorstand: W. Bod, Gotha, Berg 37, Kassirer A. Köllin, Gotha, Hügelgasse 16.

Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft:
Vorstand: Rich. E. J. Wolf, Chemnitz, Lindenstraße 8, Kassirer Carl Herrm. Hückel, Chemnitz, innere Kochlyerstr. 30, 3. Etage. (m1)

Bekanntmachung.

Die Vertrauensmänner oder Filialexpeditoren derjenigen Orte, für welche es unmöglich ist, ihren vollen Bedarf an Volkstaat-Exemplaren pro viertes Quartal (Oktober-Dezember) durch die Post zu beziehen und demnach die Filiale beibehalten, werden hiermit aufgefordert, uns hiervon unter Angabe der benötigten Zahl von Exemplaren baldigst Nachricht zu geben. Der Versandt geschieht jedoch nur dann, wenn das Abonnement für das dritte Quartal vollständig berichtigt ist.

Filialen, die am 1. Oktober noch existieren, oder von welchen uns Nachricht über das Fortbestehen derselben nicht zugegangen, werden für aufgehoben erachtet. Für Sachsen und Herzogthum Altenburg werden neue Filialen nicht errichtet.

Leipzig, 9. September 1873.

Die Expedition des „Volkstaat“.

Leipzig Berente, Redakteur E. Tassler. (Redaktion und Expedition: Zeigerstr. 44). Druck aus Verlag der Genossenschafts-Verlagsanstalt.